

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 58 (1979)
Heft: 12

Artikel: Grundlagen für ein neues SPS-Wirtschaftskonzept
Autor: Lienhard, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339587>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Grundlagen für ein neues SPS-Wirtschaftskonzept

Redaktionelle Vorbemerkung: Wir haben in unserer Zeitschrift schon wiederholt darauf hingewiesen, dass die grösste Schwäche der Sozialdemokratie im Fehlen eines überzeugenden Wirtschaftsprogramms liegt. Auch hierzulande hat es die Partei unterlassen, der theoretischen Seite ihres Wirtschaftsprogramms die nötige Beachtung zu schenken. Wohl fehlte es in unserer Zeitschrift nicht an den Versuchen, ein wirtschaftspolitisches Leitbild zu entwerfen. Eine Diskussion darüber wollte indessen nie recht in Gang kommen. Der Grund dafür hat alt Bundesrat Graber in seinem Interview angetönt: Wir verfügen in der SPS über zu wenig Finanz- und Wirtschaftsexperten. Man könnte noch beifügen: Die «Wenigen» können oder wollen sich in der Regel nicht exponieren. Ohne eigenes überzeugendes Wirtschaftsprogramm bleibt aber unsere Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wirkungslos.

Es ist das Verdienst einer Arbeitsgruppe von Zürcher Ökonomen, in der Richtung eines neuen Wirtschaftskonzepts wertvolle Vorarbeit geleistet zu haben. Wir veröffentlichen in der Folge den betreffenden Entwurf. (Die Fortsetzung erscheint in der Januarnummer.) Es wird darüber noch ausführlich diskutiert werden müssen. Denn das Vorbild des genannten Entwurfs liegt doch wohl im jugoslawischen System, bei dem die Verwaltung der industriellen Produktionsmittel und praktisch, wenn auch nicht rechtlich, das Eigentum an ihnen den Arbeitern des einzelnen Betriebs zusteht. Dabei ist aber sogleich zu fragen, ob sich ein solches System auf eine industrielle Grosswirtschaft übertragen lässt.

Federführend und wohl auch als Motor wirkte in der erwähnten Arbeitsgruppe Kantonsrätin Dr. *Ursula Koch*. Ihr wie auch den übrigen Mitarbeitern fühlen wir uns sehr zu Dank verpflichtet.

R. L.

Auftrag und Vorgehen

Auf Antrag der Sektion Birsfelden hat der SPS-Parteitag 1976 in Montreux beschlossen, ein neues Wirtschaftskonzept auszuarbeiten. Darin sollen enthalten sein: eine Untersuchung der heutigen, kapitalistischen Wirtschaftsordnung, grundsätzliche Ziele einer sozialistischen Wirtschaftspolitik, Massnahmen zur Verwirklichung der Ziele und Ausführungen über die Rolle der Staates in der Wirtschaft. Das Konzept soll mithelfen, dass aktuelle wirtschaftspolitische Fragen nicht mehr pragmatisch-hilflos, sondern aus einer grundsätzlich sozialistischen Sicht angegangen werden.

In der Folge übernahm eine Gruppe von Zürcher Ökonomen die Aufgabe, einen Entwurf auszuarbeiten. Vorbehältlich der Zustimmung von GL und PV der SPS könnte dieser erste Entwurf an einer Arbeitstagung anfangs 1980 diskutiert, anschliessend überarbeitet und den Parteigremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Im vorliegenden Artikel sollen zunächst die Grundprobleme des heutigen Systems und die Haltung der SP seit dem Zweiten Weltkrieg behandelt und dann die Stossrichtung des Konzeptentwurfs dargestellt werden.

Grundprobleme des heutigen Systems

Ein wirklichkeitsnahes Wirtschaftskonzept hat von der heutigen Situation auszugehen. Die Erfahrungen des einzelnen in der Arbeitswelt, im Wohn- und Konsumbereich müssen erfasst, beschrieben und erklärt werden. Erst wenn jemand die Ursachen seiner Probleme erkennt, ist er bereit, für Veränderungen zu kämpfen.

Die heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist geprägt von mehreren Grundproblemen, welche stichwortartig wie folgt dargestellt werden können:

a) In den westlichen Industrieländern sind Millionen arbeitslos. Die Beschäftigungspolitik steckt in einem Dilemma: Einerseits bringt der technische Fortschritt «automatisch» einen jährlichen Produktivitätsfortschritt der Volkswirtschaft von etwa 2 bis 3 Prozent hervor. Bei gleichbleibender Arbeitszeit muss die Produktion im selben Ausmass wachsen, falls nicht neue Arbeitslosigkeit entstehen soll. Andererseits versagt das normale Heilmittel der bürgerlichen Wirtschaftslehre – vermehrte Investitionstätigkeit – immer mehr, da mit den zusätzlichen Investitionen vor allem Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Es wird immer schwieriger, Vollbeschäftigung zu erreichen! Darauf deuten auch die Perspektiven für die achtziger Jahre hin: Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge ins Erwerbsleben, neue Strukturkrisen auf Grund knapper Rohstoffe (Erdöl!) und auf Grund von Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung.

b) Der systembedingte Zwang, die Produktion ständig auszuweiten, hat unsere natürlichen Lebensgrundlagen schon so angegriffen, dass sich sogar bürgerliche Kreise besorgt zeigen. Die untern Klassen werden allerdings zuerst und am stärksten von der Umweltverschmutzung und -zerstörung betroffen. So führen Ausfallstrassen nie durch gutbürgerliche Quartiere, Lärm und Gestank sind dort erheblich geringer als in den Arbeitervierteln. Andere Beispiele belegen dasselbe: Das Wirtschaftswachstum besitzt unsoziale Umwelt-Verteilungswirkungen. Die Debatten über die «Grenzen des Wachstums» haben uns darüber hinaus bewusst gemacht, dass das Wachstum wegen der begrenzten Belastbarkeit der Umwelt und der Knappheit an nicht erneuerbaren Rohstoffen prinzipiell beschränkt ist. Der Widerspruch zwischen Wachstumszwang und -grenzen ist bereits heute sichtbar, er wird sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen.

c) Beim Kauf von Massengütern zeigen sich die angeblichen Vorteile der kapitalistischen Marktwirtschaft: Jeder ist «frei» zu konsumieren, was ihm passt – vorausgesetzt, er verfügt über die nötige Kaufkraft. Profite lassen sich leichter erzielen, wenn dem Konsumenten immer mehr Produkte aufgeschwatzt werden können. Daher hämmert eine gigantische Werbemaschine dauernd auf die Käufer ein. Je mehr die sozialen Beziehungen am Arbeitsplatz, im Wohnquartier usw. verkrüppeln, um so leichter lässt sich der einzelne zu sinnlosen Käufen veranlassen. Dieser Konsum

verschafft aber höchstens eine oberflächliche Ersatzbefriedigung für sinnlose Arbeit und entgangene Kontakte.

d) In Wirtschaft und Gesellschaft bestehen noch immer stark unterschiedliche und fein abgestufte Herrschaftsverhältnisse. Die übertriebene Spezialisierung, bei der jeder nur ein Rädchen im Getriebe ist, ohne die andern Rädchen oder gar das ganze Getriebe zu kennen, dient dabei zur Aufrechterhaltung der heutigen Herrschaftsform. Die Arbeitsteilung und -zerlegung bewirkt im Verein mit dem von oben erzeugten und geförderten Konkurrenzdruck eine unmenschliche Isolation des einzelnen am Arbeitsplatz. Dies macht die Arbeitenden unfähig zu solidarischem Verhalten. Wer aufmuckt, kann leicht isoliert und «unschädlich» gemacht werden. Dazu kommt die unglaubliche Ämterkumulation und -verfilzung bei den Herrschenden: Der Herr Ständerat ist Oberst, Parteivorstand, Verbandspräsident, Verwaltungsrat in einem guten Dutzend Unternehmungen und führt «nebenbei» noch seinen eigenen Betrieb. Die Konzentration von politischen, wirtschaftlichen und militärischen Spitzenpositionen auf wenige ist verhängnisvoll – unser Leben wird immer mehr von einer allgegenwärtigen Elite bestimmt.

e) Auf internationaler Ebene stellen sich ähnliche Probleme wie in den Betrieben. An die Stelle der innerbetrieblichen tritt die internationale Arbeitsteilung. Darunter leiden vor allem die Entwicklungsländer. Der Rohstoffhunger der Industrieländer und die Übernahme kapitalistischer Produktionsmethoden und Konsumgewohnheiten, wie auch der Einbezug in das globale Kalkül der Grossmächte, bescheren der Dritten Welt Entwicklungsprozesse, welche neue Probleme schaffen, ohne bestehende zu lösen.

f) Die Vermögens-, Einkommens- und Machtverteilung weist eine stetig zunehmende Konzentration auf. Hand in Hand damit läuft die Aufhebung des Wettbewerbs durch Einverleibung kleiner und mittlerer Betriebe in grossen Monopolen (Bankenkonzentration, Lädelersterben) oder durch Fusionen (Ciba-Geigy). Multinational organisierte Gesellschaften verschieben ihr Kapital ohne Rücksicht auf nationale Grenzen. Die Arbeiter sind teilweise blind Managern in fremden Ländern ausgeliefert (Beispiel Firestone). Den Gewerkschaften ist es bisher nicht gelungen, dagegen eine international funktionierende Gegenmacht aufzubauen – nicht zuletzt, weil es auch unter uns Lohnabhängigen an internationaler Solidarität fehlt.

g) Unsere Demokratie ist unterentwickelt: Wir haben zwar alle die gleichen politischen Rechte, doch hört die Demokratie da auf, wo wir den wichtigsten Teil unseres Lebens verbringen und der uns am meisten prägt – am Arbeitsplatz. Die Demokratie findet nur am Sonntag statt. Von diesem Mangel sind vor allem jene Gruppen betroffen, die in Wirtschaft und Gesellschaft «unten» stehen. Im Unterschied zu den finanzkräftigen Vertretern der Kapitalinteressen können sie die staatlichen Verwaltungsspitzen und das Parlament nur am Rande beeinflussen. Gleichzeitig wird die In-

formation durch eine ständig stärker monopolisierte Presse immer einseitiger. Kein Wunder, dass ein grosser Teil der Stimmbürger meint: «Die machen ja doch, was sie wollen», und resigniert. Vergoldet wird diese Resignation durch den Überfluss an materiellen Gütern, durch die «Freiheit des Konsums».

h) Die im Zuge des Wachstums ausgeweitete Staatstätigkeit hat nur selten zu mehr Demokratie geführt. Die Herrschaftsverhältnisse in der Verwaltung folgen ähnlichen Mustern wie in der Privatwirtschaft. Wenn auch der Grad an «Öffentlichkeit» hier etwas grösser ist, überwiegen doch bürgerliche Verhaltensweisen. Es muss – gerade innerhalb der Linken – Klarheit darüber bestehen, dass auch «Verstaatlichungen» Freiräume des einzelnen einschränken können. Heute werden dem Staat hauptsächlich Aufgaben überlassen, welche den Unternehmern zu wenig einbringen oder für die sie nicht geeignet sind: Schule, Forschung, Infrastrukturen, Polizei, Militär. Dass die Bürgerlichen es verstehen, öffentliche Unternehmen für ihre Zwecke einzuspannen, hat vor kurzem die Propaganda der staatlichen Elektrizitätswerke gegen die Atomschutzinitiative (notabene auf Kosten der Stromkonsumenten) wieder deutlich vor Augen geführt.

Bruch mit dem Kapitalismus?

Dass alle diese Probleme heute gleichzeitig anstehen und sich dabei auf komplexe Art und Weise gegenseitig durchdringen, hängt mit der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zusammen, deren Grundlage der *Kapitalismus* darstellt. Kapitalismus meint dabei:

- dass Eigentum an Produktionsmitteln ausschliesslich oder vorwiegend bei Privaten, den Kapitalisten, liegt. Aus dem Eigentum wird sowohl die Befehlsgewalt als auch das Recht auf Aneignung der Profite abgeleitet. Die Kapitalisten üben die Befehlsgewalt in den Betrieben entweder selbst oder über spezielle Stellvertreter (Manager) aus. Sie können aber auch ihre Rechte an Banken (Depotstimmrecht!) oder an Finanzgesellschaften (Holdings, Investmentfonds usw.) «abtreten»;
- dass Nichtkapitalisten (Lohnabhängige) zur Sicherung ihrer Existenz ihre Arbeitskraft verkaufen müssen zu Bedingungen, welche trotz gewerkschaftlicher Organisation vorwiegend von den Kapitalisten festgelegt werden. Solange die Kapitalisten nicht «freiwillige» Zugeständnisse machen, sind die Lohnabhängigen von der Befehlsgewalt und der Gewinnbeteiligung ausgeschlossen. Die Diskussion um die paritätische Mitbestimmung in Deutschland hat zudem gezeigt, dass heute im Rahmen der (verfassungsrechtlich abgesicherten) Eigentumsordnung lediglich eine unterparitätische Mitbestimmung in den Verwaltungsräten möglich wäre.

Daneben ist der Kapitalismus verbunden mit kapitalintensiver Produktion – Mechanisierung, Motorisierung, Automatisierung (neueste Beispiele: EDV, AKW, Mikroprozessoren) –, ständig weitergetriebener Arbeitstei-

lung, Verwissenschaftlichung der Arbeit und schliesslich mit der Ablösung von kleinräumigen durch nationale und globale Wirtschaftsstrukturen und -beziehungen im Rahmen der Marktwirtschaft als Koordinator.

Falls ein sozialdemokratisches Wirtschaftskonzept entworfen werden soll, stellt sich demnach die Frage nach dem Standort der SP innerhalb des kapitalistischen Systems. Soll die bis anhin eingeschlagene Linie beibehalten werden? Oder drängt sich eine Neuorientierung auf? Wird innerhalb der Partei ein Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit wahrgenommen, und wenn ja, in welcher Art? Und wie konkret sind Entwürfe einer «Gegengesellschaft» schon gediehen? – Die heutigen Tendenzen lassen sich am ehesten anhand der Entwicklung seit dem letzten Weltkrieg begreifen.

Die Haltung der SP in den letzten dreissig Jahren

In der Nachkriegszeit orientierte sich die SP vorwiegend am (von den Bürgerlichen umschriebenen!) «Gesamtwohl». Oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik war demzufolge ein stetiges Wirtschaftswachstum, das allen einen möglichst grossen materiellen Wohlstand bringen sollte. So steht im Winterthurer Programm der SP von 1959: es sei «... die Steigerung der Produktivität der gesamten Volkswirtschaft ... und die Stetigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung» anzustreben. Die SP versuchte, einen möglichst grossen Teil vom Kuchen für die von ihr vertretenen Bevölkerungsschichten abzuschneiden. Hauptinhalt der sozialdemokratischen Politik waren Reformen, die sich auf einzelne Bereiche beschränkten: Ausbau der sozialen Sicherheit und des Bildungswesens, gerechtere Steuerordnung, Bodenreform usw. Forderungen dieser Art liessen sich nur insofern durchsetzen, als sie die bestehende Ordnung nicht grundsätzlich in Frage stellten und solange das Wirtschaftswachstum anhielt. Tatsächlich erreichte die SP im Verein mit andern Organisationen der Arbeiterbewegung damit einiges: So wurden AHV und IV eingeführt und ständig ausgebaut, eine Arbeitslosenversicherung eingerichtet usw. Erfolge beim Ausbau der sozialen Sicherheit stehen allerdings auch Misserfolge gegenüber, so vor allem in der Bodenfrage und der Steuerordnung.

Weil aber die SP ihre alten theoretischen Konzepte immer mehr zugunsten eines pragmatischen «Umverteilungs-Sozialismus» über Bord warf, musste sie zur zuverlässigen Mitstreiterin der kapitalistischen Ordnung werden, in welcher sie das «Ressort für Soziales» betreute. In diesem Sinne war die SP auch bereit, bürgerliches Gedankengut in die Arbeiterschaft einzuschleusen. Ihre widersprüchliche Stellung zeigte sich in Fragen wie der Volkspension (Unterstützung der Pensionskassen), der Fremdarbeiterpolitik (bereits zweimal verweigerte der Parteitag eine Unterstützung der «Mitenand-Initiative»), der Finanzpolitik (unterschiedliche Haltung zu den Finanzpaketen 1977 und 1979) und der Krisenbekämpfung.

Fortsetzung folgt